

Emanuel Richter
Was ist heute Politik?

Schriftenreihe Band 11257

Emanuel Richter

Was ist heute Politik?

Merkmale, Handlungsfelder, Problemstellungen

Emanuel Richter war nach Lehrtätigkeiten in den USA von 2000 bis 2020 Professor für Politische Wissenschaft an der RWTH Aachen. Seitdem ist er als Publizist sowie als Kommentator des politischen Geschehens in Fernsehen, Rundfunk und Presse tätig.

Für Antonia und Julius, schon jetzt Mitgestalter der Zukunft

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.

Bonn 2025

Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn, info@bpb.de

Copyright © 2024. Alle Rechte bei Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Kassel

Umschlagfoto: © plainpicture / Tamboly

Satz: im Verlag

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

ISBN 978-3-7425-1257-4

www.bpb.de

Inhalt

| | |
|---|-----|
| 1. Was uns fehlt: ein umfassendes Verständnis der Politik | 7 |
| Die Ausgangslage – vage Vorstellungen und große Unzufriedenheit | 7 |
| Das Vorhaben – gewöhnliche und überraschende Bestandteile der Politik | 16 |
| 2. Was wir für bedeutsam halten: Politik als Ordnung | 27 |
| Der Staat, das Recht und die Gesetze | 27 |
| Die Teilung der Macht | 45 |
| Der politische Betrieb und die Elemente seiner Ordnung | 66 |
| Das politische Personal und seine Kompetenz | 88 |
| 3. Was uns unheimlich bleibt: Politik als Empfindung | 109 |
| Die Begegnung von Körpern | 109 |
| Das republikanische Gespür | 127 |
| Patriotismus – zwischen Zusammenhalt und Fremdenfeindlichkeit | 142 |
| 4. Was wir unterschätzen: Politik als Teilhabe | 161 |
| Die Suche nach dem Volk | 161 |
| Politische Stellvertretung – die Anwesenheit und Abwesenheit des Volkes | 179 |
| Populismus – das falsche Versprechen | 196 |

| | |
|--|-----|
| 5. Was wir verharmlosen: Politik als Steuerung | 217 |
| Die Bändigung der Marktwirtschaft | 217 |
| Die Bewahrung vor dem Datenwahn | 238 |
| Die Entzauberung der »künstlichen Intelligenz« | 258 |
| 6. Worum wir uns kümmern müssen: Politik als Gestaltungsauftrag . | 277 |
| Pandemische Bedrohungen und pandemische Politik | 277 |
| Erdpolitik | 300 |
| Der entschwundene Fortschritt – Krisen, Kriege und die neue Suche nach dem Verbindenden | 321 |
| Literatur | 339 |

1. Was uns fehlt: ein umfassendes Verständnis der Politik

Die Ausgangslage – vage Vorstellungen und große Unzufriedenheit

Was ist heute Politik? Das ist eine einfach klingende Frage, die sich scheinbar leicht beantworten lässt. Jeder hat doch eine Vorstellung von den Merkmalen und Aufgaben der Politik, von ihrem Erscheinungsbild und von ihrem Stellenwert. Denkt man jedoch genauer über diese Frage nach, dann wird es schwierig. Prüfen Sie sich selbst: Was fällt Ihnen zu den charakteristischen Merkmalen der Politik ein? Vermutlich sind es Bestandteile wie der Staat, die Regierung, die Parlamente und andere politische Gremien. Sicherlich zählen Sie auch die führenden Politikerinnen und Politiker sowie die Parteien dazu, außerdem das politische Alltagsgeschäft mit all seinen Entscheidungen, Verhandlungen, Erklärungen, Stellungnahmen, Kommentaren, Konflikten und Streitereien. Vielleicht kommen Ihnen auch die vielen Beispiele eines Regierungsversagens in den Sinn: fehlende oder falsche Entscheidungen, abwegige politische Vorstellungen und Forderungen, eine mangelnde Kompetenz der Verantwortlichen, die Fehlbesetzungen von Führungspositionen, die Unaufrichtigkeit mancher Amtspersonen, eine dreiste Vetternwirtschaft oder eine schamlose Bestechlichkeit. Politik ist all das. Aber sie ist noch viel mehr. Die gängigen Verständnisse der Politik erweisen sich als unzureichend. Viele Bestandteile, die den Kern der Politik bestimmen und die hintergründig zum täglichen politischen Geschehen beitragen, werden übersehen, verkannt oder ganz verdrängt und damit nicht hinreichend gewürdigt. Den meisten von uns fehlt ein umfassendes Verständnis der Politik. Es überwiegen oberflächliche, einseitige und unzulängliche Einschätzungen. Man begnügt sich mit einem Halbwissen über die Politik, mit klischeehaften Vorstellungen. Oder man zeigt sich ahnungs-

los, fühlt sich überfordert und bringt der Politik pauschal und verächtlich nur Misstrauen und Missmut entgegen. Dann erscheint die Politik nur noch als eine Zumutung, als eine Herrschaftsgewalt, die sich eigenmächtig in die private Lebensführung drängt. Man begegnet schließlich der Politik mit bloßem Unverständnis.

Die wichtigen Bestandteile und Aufgaben der Politik müssen deshalb in aller Sorgfalt neu zusammengetragen und erläutert werden. Ohne ein umfassendes Verständnis der Politik können wir die entsprechenden Vorgänge weder treffsicher beurteilen, noch gehaltvoll kontrollieren, und erst recht nicht eifrig mitgestalten. Diesem Mangel abzuhelpfen, ist die Hauptaufgabe dieses Buches. Es soll als umfassender Leitfaden dienen und einen Überblick über die Frage geben: »Was ist heute Politik?« Ziel ist es, die wichtigsten Merkmale der Politik darzulegen und dabei mit verbreiteten Missverständnissen aufzuräumen, ihre angestammten und neuen Handlungsfelder zu beleuchten, und vor dem Hintergrund von gegenwärtig massiv erweiterten Problemstellungen ihre neue Bedeutsamkeit aufzuzeigen.

Die mangelhaften Kenntnisse darüber, was Politik eigentlich ist, führen zu zwei verbreiteten Verhaltensmustern, die beide dem Kerngehalt der Politik nicht gerecht werden: zu einer stillen, uninteressierten und entrückten Hinnahme des politischen Geschehens, oder zu einer erregten Anteilnahme, die nicht spart mit Empörung, Eifer und überzogener Kritik. Zu welcher Gruppe von Einstellungen zählen Sie selbst? Pflügen Sie eine verhaltene Dankbarkeit oder ein mildes Wohlwollen gegenüber den schwierigen Bemühungen um die öffentliche Organisation des Zusammenlebens? Sind Sie gar froh darüber, dass sich überhaupt jemand ums Regieren kümmert? Vielleicht sehen Sie sich überfordert, die schwierigen, komplizierten, manchmal unlösbar scheinenden Aufgabenstellungen der Politik zu begreifen und fühlen sich außerstande, daran als aufmerksamer Zeitgenosse oder gar als emsiger Mitgestalter teilzuhaben. Das wird Sie dazu bewegen, nur am Rande ihres Lebensalltags am politischen Geschehen Anteil zu nehmen. Sie werden vermutlich dazu neigen, sich aus der persönlichen Einmischung in den Lauf der politischen Ereignisse weitgehend herauszuhalten. Bestenfalls beteiligen Sie sich an den politischen Wahlen. Und wenn es sich gerade ergibt oder dramatische Ereignisse stattfinden, verfolgen Sie die Berichterstattung über die Politik in den Medien doch etwas ausführlicher als üblich – aber zumeist in der Haltung des Befremdens, der Verstörung, vielleicht auch des schlichten Unverständnisses. Eine solche Haltung bedeutet: Man zeigt sich zwar nicht zutiefst politikverdrossen, aber man bleibt gegenüber dem po-

litischen Geschehen doch gleichgültig und reserviert – obwohl vieles davon einen selbst unmittelbar betrifft. Man billigt der Politik zwar Bedeutsamkeit zu, aber man wähnt sich in der Rolle des Unbeteiligten.

Vielleicht gehören Sie aber auch zu jener Gruppe, die durchaus regen Anteil an der Politik nimmt. Dann zählen Sie immerhin zu der Mehrzahl an politisch aufmerksamen Menschen. Nationale wie internationale Studien zeigen, dass sich zwischen 60 und 80 Prozent der Menschen durchaus für das politische Geschehen interessieren (Wessely 2019; Wike u. a. 2021). Aber fast ebenso verbreitet wie dieses Interesse an der Politik ist die Unzufriedenheit mit ihr. Unter den jungen Menschen fällt diese Unzufriedenheit noch stärker aus als unter den Älteren, insgesamt nimmt sie zu (Wessely 2019). Das Vertrauen in das Leistungsvermögen der Politik schwindet. Dieser Vertrauensverlust entlädt sich in wachsenden Zweifeln an dem Erfüllungsanspruch eines zeitgemäßen Regierens. Nun schauen Sie sich um in ihrem Bekanntenkreis und in der Nachbarschaft: Sicherlich kennen Sie einige dieser Unzufriedenen, wenn Sie nicht selbst dazu gehören, und wissen aus Erfahrung, dass diese zu kraftvollen Urteilen über die Politik neigen – egal, wie viel sie davon verstehen. Das unübersichtliche Treiben des politischen Betriebs lädt in Verbindung mit der gespürten eigenen Betroffenheit offenbar immer ungestümer zu meinungsfreudigen Einschätzungen ein. Häufig stößt man auf eine verächtliche Missbilligung des politischen Geschehens, die sich bis hin zur Verachtung der Politik schlechthin steigert: zu viele Pflichten, Abgaben, Zumutungen und Regeln für die Bürgerinnen und Bürger, zu viele Ausgaben, zu wenig Erfolge, zu schlechtes politisches Personal, das nichts Überzeugendes zustande bringt, aber munter abkassiert. Die Politik erscheint manchen als lästige Einrichtung, geradezu als überflüssig. Aber immerhin zeigt man sich damit leidenschaftlich bewegt. Man ist gepackt vom politischen Geschehen, obwohl man es nicht gutheißt. Man ist unzufrieden, genervt, aufgebracht und zornig. Es herrschen Unverständnis, Enttäuschung, manchmal Fassungslosigkeit, Entsetzen und Wut. Im harmlosen Fall wird man bestürzt sein über die politischen Geschehnisse und Entscheidungen und belässt es bei der nachdrücklichen Bekundung von Missfallen. Vielleicht wird man noch voller trotzigem Selbstbewusstsein behaupten, man selbst könne vieles besser als die amtierenden Politikerinnen und Politiker. Im dramatischen Fall wird man die herrschende Politik energisch ablehnen und voller Tatendrang gegen sie aufbegehren. Das sind die Vorstufen zur politischen Revolte oder gar zum politischen Umsturz.

All diese Haltungen gegenüber der Politik, seien sie duldsam oder angewidert, begeistert oder enttäuscht, wohlwollend oder widerständig, machen eine Eigenschaft der Politik überdeutlich: Sie erweist sich, eingestandenermaßen oder unterschwellig, als höchst bedeutungsvoll. Die Politik besitzt einen hohen Stellenwert. Noch die schärfsten Kritiker und Verächter der Politik erbringen mit ihrer hingebungsvollen Ablehnung einen Nachweis dafür, dass die Politik die Menschen ganz unmittelbar berührt und zu bewegen vermag. Das häufige Klagen und Streiten über die Fehlentwicklungen, die Versäumnisse und die Missstände in der Politik liefert einen unmissverständlichen Ausweis ihrer Bedeutsamkeit. Sie spricht jede einzelne Person an, sie zeugt von allseitiger Betroffenheit. Somit umfasst sie viele Elemente, die im Alltag des politischen Geschehens aus dem Blick geraten: die vielfältigen Formen der Einbindung jeder einzelnen Person in die Ziele und Abläufe der Planungen, Beratungen, Regelungen, Abstimmungen und Entscheidungsprozesse, die der Organisation des Zusammenlebens dienen. Man erkennt damit die Vielgestaltigkeit der Politik. Die unterschätzten Merkmale, die Funktionen und die Reichweite der Politik bedürfen daher größerer Aufmerksamkeit.

Es gibt zunächst eine verbreitete Unkenntnis über die einzelnen Bestandteile und die Funktionsweisen der Politik. Es gibt unbestreitbar viele Wissenslücken, Irrtümer und Fehltritte. All das wird im Buch angesprochen und so weit wie möglich geklärt. Darüber hinaus erwachsen das größte Missverständnis und die schwerwiegendste Fehleinschätzung der Politik aus der Annahme, man sei meistens teilnahmslos Betroffener und kaum lebhafter Beteiligter der Politik. Die Grundfunktion der Politik besteht jedoch darin, in einem Kreis von Menschen, die in einen wechselseitigen Bezug aufeinander verwoben sind, beständig die gemeinsame Lebensbewältigung zustande zu bringen. Jede betroffene Person ist darin eingebunden, jeder Einzelne erweist sich als maßgeblicher Bestandteil des erforderlich werden den Regulierungsbedarfs. Die Politik entsteht mithin ganz schlicht, aber auch höchst folgenreich, aus dem gemeinsamen Handeln der Menschen untereinander (Arendt 1993: 11). Insofern ist auch jeder einzelne Mensch ein prägender Bestandteil des tagtäglichen Geschehens, das man als vermeintlich alleinigen Gegenstandsbereich der Politik wahrnimmt. Egal, wie wir jeweils zur Politik stehen – sie geht uns immer etwas an, sie erlangt für jeden von uns Bedeutsamkeit, und sie ermuntert alle zur Teilhabe. Diese stille oder aktive Teilhabe begründet den urdemokratischen Anspruch der Selbstregierung des Volkes. Diese bedarf natürlich unter den Bedingun-

gen großer und vielschichtiger Gesellschaften zahlreicher repräsentativer Einrichtungen, politischer Organe und Amtsträger, so wie sie heutzutage das Erscheinungsbild der Politik prägen. Aber die eigene Stellung als richtungsweisender Begründer, als unumwunden Beteiligter und als möglicher Mitgestalter dessen, was in der Politik geschieht, bleibt das herausragende Merkmal der Politik. Insofern macht auch die Rede von einer »Postpolitik« keinen Sinn. Es gibt unter den Lebensbedingungen menschlicher Gesellschaften keinen Zustand *nach* der Politik, kein »Ende« der Politik (Meyer 2000: 201). Tendenzen der Hinwendung zu solch einem postpolitischen Ideal ließen sich jedoch im ausgehenden 20. Jahrhundert ausfindig machen, als ein enttäuschter bürgerschaftlicher Rückzug in die Privatsphäre zu beobachten war und politische Bewegungen sowie Vereine einen bemerkenswerten Niedergang erfuhren (Jäger 2023: 15). Im Kern urteilten die Verfechter einer solchen »Postpolitik« wie Außenstehende über das politische Geschehen, die mit Befremden und Entsetzen in der Ferne ablaufende Vorgänge beobachteten. Sie sahen sich nicht als Teilhaber der politischen Vorgänge, sondern allenfalls als deren kritische Beobachter. Wer jedoch der Politik verächtlich gegenübertritt und sie als ein Versagen des Regierens einstuft, der bezeugt mittelbar die eigene Betroffenheit und kritisiert sich mithin immer auch selbst. Sowohl die Gleichgültigkeit gegenüber dem politischen Geschehen, wie auch dessen Verachtung oder die belehrende Besserwisserei zeugen einerseits von der enormen Reichweite der Politik, andererseits von einem mangelnden Verständnis für die Verankerung von Politik im Horizont des eigenen Lebens und für die Haltungen, die daraus erwachsen sollten.

Die genauere Auseinandersetzung mit der Politik macht deutlich, dass es dementsprechend stets um die wechselseitigen Beziehungen unter Menschen geht, die ihr Zusammenleben organisieren müssen. Wörtlich entstammt »Politik« der griechischen Sprache und bezeichnet das gemeinsame Handeln und die Organisation des Zusammenlebens in einem dicht besiedelten Raum. Der Begriff beschreibt sowohl die Organisation und Ordnung der gemeinsamen Lebensbewältigung, wie auch die Teilhabe der Bürgerschaft (Blättler 2008; Röttgers 2010). In den verschiedenen geschichtlichen Phasen und in den unterschiedlichen Lebensräumen der Erde hat der Begriff der »Politik« natürlich endlos viele Wandlungen erfahren und neue Bedeutungsgehalte angenommen.

So hat sich in der Politikwissenschaft die Unterscheidung zwischen »polity«, »politics« und »policy« ausgebreitet. »Polity« umschreibt die Formen,

Inhalte und Ordnungsprinzipien des bürgerschaftlichen Zusammenhalts, »politics« die Handlungen und Prozesse, die im öffentlichen Raum stattfinden, und »policy« die Inhalte, Themen und Problemstellungen (Richter 2018b: 543). Im Alltagsverständnis der Politik überwiegen die Anteile von »politics« und »policy« – Politik gilt als ein Gemenge aus organisatorischen Problemstellungen und Entscheidungsabläufen. Somit werden die Grundbedingungen des Zusammenlebens und die Wirkungsformen der Zusammengehörigkeit vernachlässigt. Aus der neueren französischen Politiktheorie entstammt eine scharfe Kritik an dieser Einengung der Politik auf Fragen des Steuerns und Entscheidens. Es wird auf die Unterscheidung zwischen »le politique« und »la politique« verwiesen. »Le politique« kennzeichnet die Grundformen und Ziele des Handelns im Raum der gemeinsamen Lebensbewältigung, »la politique« die wechselhaften Ordnungsmuster und Abläufe der konkreten Problembewältigung. »Le politique«, im Deutschen am besten als »das Politische« zu übersetzen, dient dazu, die aktuellen Prozesse und Entscheidungsabläufe beständig auf ihre Sinnhaftigkeit, Stimmigkeit und Zweckerfüllung hin zu hinterfragen (Martinsen 2019: 583 ff.). Man könnte dieses Verhaltensmuster auch, begrifflich etwas verwirrend, als Verfechten einer »Antipolitik« kennzeichnen: Diese betont im Namen einer »substanziellen Politik« die Bedeutung von Prinzipien und Werten gegenüber dem beständigen Ringen um Macht und Einfluss sowie gegenüber den gewöhnlichen Abläufen und Entscheidungsprozessen (Jäger 2023: 79). Somit gibt es die – zunächst widersprüchlich anmutende – Möglichkeit zu einer »unpolitischen Politik«: einem eifrigen Treiben innerhalb des alltäglichen politischen Betriebs, das die untereinander verbindende, auf persönliche Teilhabe gerichtete Verständigung über die Erfordernisse der gemeinsamen Lebensbewältigung aus dem Auge verloren hat (Meyer 2000: 41).

Hinter der mahnenden Erinnerung an »das Politische« steht demnach einerseits der Verdacht, dass im Gewirr des alltäglichen Steuerns und Entscheidens eine klare Vorstellung von den Erfordernissen einer *demokratischen* Politik verlorengeht. Sie richtet sich auf die intensive bürgerschaftliche Beteiligung an allen politischen Belangen. Andererseits wendet sich der Verweis auf »das Politische« gegen die Bestrebungen in autoritären Staaten und totalitären Gesellschaften, aber auch in vorgeblich »demokratischen« Staaten, sämtliche Aspekte des Zusammenlebens als eine Problemstellung der Politik zu begreifen, die verbindliche Regelung und Steuerung für alle erfordert – zu Lasten von Freiräumen und Wahlmöglichkeiten für die

individuelle Lebensgestaltung. Im Zuge einer solchen »Fundamentalpolitisation« erlangen staatliche Einrichtungen, mächtige wirtschaftliche Unternehmen und mediale Akteure enormen Einfluss auf die Handlungen und Wertvorstellungen der Bürgerschaft (Greven 1999: 140). Die Organisation des Zusammenlebens wird kaum merklich auf die Vorteilsnahme durch die entsprechenden Betreiber ausgerichtet. Vielfalt, Freiheiten, Gestaltungsoffenheit und bürgerschaftliche Teilhabe gehen verloren, gleiche Zugangsmöglichkeiten zur Gestaltung der öffentlichen Sphäre werden beschnitten. Zweifelsohne besteht in der krisengeschüttelten Gegenwart die Tendenz, staatliche Regulierung zu Ungunsten von bürgerschaftlichen Handlungsspielräumen auszudehnen. Zudem breiten sich autoritäre Herrschaftsmodelle aus, die mittels einer weitreichenden und tiefgreifenden Regulierung in alle möglichen Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger eingreifen, deren Privatsphäre bedenklich schmälern und sie als eigenständige Teilhaber des politischen Geschehens entmündigen. Die Demokratie nimmt substanziellen Schaden.

Deshalb gilt es selbstverständlich bei jeder Auseinandersetzung mit den Gehalten der Politik, die Grenzen ihrer Reichweite zu beachten. Nicht jeder gesellschaftliche Regelungsbedarf muss durch Gesetze bestimmt werden, politische Organe dürfen sich nicht in die Gestaltung aller möglichen Lebensbereiche einmischen, die Privatsphäre muss vor Eingriffen des Staates bewahrt werden. Außerdem darf das politische Geschehen durchaus zu erheblichen Teilen geräuschlos vonstattengehen, ohne dass die Medien und politische Aktivisten jede Regung im öffentlichen Raum zum skandalumwitterten »Politikum« erklären. Es muss daher sehr präzise unterschieden werden zwischen jenen Belangen, die aus der gemeinsamen Lebensbewältigung erwachsen und deren Organisation betreffen, und den freien Handlungsräumen, die keine allgemeingültigen Vereinbarungen über die Art, die Inhalte, die Ziele, die Formen, die Orte und die Beteiligten von Begegnungen unter Menschen samt deren Ergebnissen erforderlich machen. Die Auseinandersetzung mit der Politik verträgt sich nicht mit einer »Politisierung« in dem Sinne, dass jeglicher privater und öffentlicher Vorgang als Gegenstand einer notwendigen Problembearbeitung in Gestalt von politischer Regulierung wahrgenommen wird. »Politisierung« hat daher zu Recht einen anrühigen Beiklang und steht für eine überschießende Energie, die auf Einflussnahme durch die Berufung auf allgemeine Regeln, Gesetze und Wertvorstellungen setzt, wo ein selbstständiges, selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Handeln möglich erscheint. Die Vorbehalte gegenüber einer

Politisierung gehen zudem berechtigt mit dem Verdacht eines Übereifers der Belehrung über die öffentliche Tragweite jeglichen Tuns und Handelns einher. Die Wirkungsmächtigkeit einer Politisierung zehrt von dem unbeugsamen Beharren auf der Überzeugung, jeder Regung und jedem Vorgang sei eine politische Bedeutung beizumessen.

Die darin angelegte Übertreibung und Zuspitzung wird oft von einer leidenschaftlichen Ergriffenheit getragen, die mit einer aufputschenden Ansprache der Gefühle verbunden ist und als »Affektpolitik« gekennzeichnet werden kann (Mau/Lux/Westheuser 2023: 29). Die Politisierung ist deshalb mit der Wirkung von sogenannten »Triggerpunkten« verknüpft, einem eindringlichen Erleben öffentlicher Themen und Anlässe als bewegend und emotional berührend – was die Sachverhalte zu übermäßiger Bedeutsamkeit für das eigene Leben und für die Organisation des Zusammenlebens aufbauscht (Mau/Lux/Westheuser 2023: 246). Das Stichwort der Politisierung steht damit einerseits für eine Überschätzung der Reichweite von Politik, für ihre grenzüberschreitende Ausdehnung in die Räume der privaten Lebensführung, und für die Billigung einer uferlosen Steuerung und Regulierung. Andererseits zeugt es von einer gefühlsbetonten Aufladung der Wahrnehmung des öffentlichen Lebens, die einem besonnenen und ausgewogenen Nachdenken darüber im Wege steht. Die gegenwärtig zu beobachtende Tendenz, immer heftiger, hemmungsloser und spontaner jeglichen Unmut über politische Vorkommnisse, über die Regierungsorgane und über die politischen Amtsträger privat und öffentlich zum Ausdruck zu bringen, deutet auf einen solchen Überschuss an Erregung hin, der eine unvoreingenommene Auseinandersetzung mit der Vielschichtigkeit von politischen Problemlagen behindert. Die Gestalt, die Reichweite sowie die Aufgaben der Politik müssen stattdessen in sachlicher und gründlicher Abwägung bestimmt werden, wobei stets ihre mögliche Beeinträchtigung für die individuelle Selbstentfaltung zu prüfen bleibt.

Auch die Rede von einer »Hyperpolitik« zeigt ein unausgewogenes Verständnis der Gestalt und der Inhalte von Politik an. Die Hyperpolitik steht den Merkmalen der Politisierung sehr nahe, weil auch sie von einem starken politischen Interesse des Einzelnen ausgeht, dieses aber nicht mehr als ein ausgeprägtes Bewusstsein über die gemeinsamen Belange betrachtet, sondern nur noch als den selbsteingenommenen Rückschluss von den Auswirkungen politischer Regulierung auf den Erhalt und die Pflege des eigenen Wohlbefindens. Die Hyperpolitik führt die Beteiligten nicht mehr zu einem Handeln zusammen, das als gemeinsame, untereinander vermittelte

Zielverfolgung erfahren wird. In ihrer Entstehungsgeschichte gilt sie als das Ergebnis eines gewachsenen Konkurrenzdrucks in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften. Dieser führt dazu, sich sowohl im Privatleben, wie auch im Arbeitsleben unablässig als vollwertiges gesellschaftliches Mitglied gegen andere behaupten zu müssen und gleichzeitig auf die Organisation des Zusammenlebens Einfluss zu nehmen, um den als gefährdet empfundenen Eigeninteressen hinreichend Geltung verschaffen zu können. Diese Einflussnahme geschieht jedoch nur noch episodenhaft und kurzzeitig. »Politisches Engagement [...] ist individualistischer, kurzfristiger, volatiler, weniger kohärent. Im Vergleich zur ›hohen‹ Politik der Jahre 1918 bis 1989 könnten wir von einer Form der ›niedrigen‹ Politik sprechen: niedriger Aufwand, niedrige Kosten, niedrige Exit-Schranken und kurze Zeitspannen.« (Jäger 2023: 18). Ungeachtet dessen, wie zutreffend eine solche zugespitzte Lagebeschreibung erscheint, verfehlt jegliche »hyperpolitische« Teilhabe einige Grundmerkmale der politischen Beziehung zwischen dem Einzelnen und der Lebensgemeinschaft, der er angehört. Angesiedelt zwischen den Polen einer übergriffigen Politisierung und einer in lauter unverbundene Einzelwillen zerfallenden Hyperpolitik ergibt sich also das Erfordernis, durchdacht und abwägend die eigene Einbindung in das politische Geschehen wahrzunehmen und die Rollen als Adressat, als Zugehöriger, als stiller Teilhaber oder als engagierter Mitgestalter gründlich mit den allgemeinen Merkmalsbestimmung der Politik in Beziehung zu setzen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich: Die Absicht eines Grundlagentextes über die Politik verpflichtet dazu, alle Facetten des Gegenstandsbereichs im Auge zu behalten. Gleichzeitig muss der Gefahr einer Überschätzung der Bedeutung und Reichweite von Politik vorgebeugt werden. Es muss also eine zugleich ausgewogene wie kritische Bestandsaufnahme stattfinden. Der Grundimpuls der folgenden Ausführungen besteht allerdings darin, einer verbreiteten Unterschätzung der Politik entgegenzuarbeiten. Es bleibt ein inhaltlich weitgreifendes, sachlich glaubwürdiges Verständnis der Politik darzulegen, das über ihren doch sehr hohen, oftmals als zu gering eingestuften Stellenwert aufklärt. Das sind die Maßstäbe für ein »umfassendes« Politikverständnis. Dieser Stellenwert der Politik wird in der Gegenwart noch gesteigert durch einen immer schwierigeren und umfangreicheren Auftrag, unter den Bedingungen von tiefgreifenden und weitreichenden Krisen die Organisation des Zusammenlebens zustande zu bringen. Es ergeben sich angesichts von existenziellen Problemstellungen und Verunsicherungen neue und andersartige Notwendigkeiten

der politischen Regelung, Steuerung und Gestaltung, die deutlich über die herkömmlichen Vorstellungen hinsichtlich der Aufgabenbereiche von Politik hinausreichen. Insbesondere die jüngsten Krisen eines weltweiten Ausmaßes, die Umweltschädigungen und die Klimabedrohungen, die umstrittenen technologischen Neuerungen, aber auch die unheilvolle Coronapandemie sowie unvorhergesehene kriegerische Auseinandersetzungen machen einen enormen politischen Gestaltungsauftrag deutlich. Im Zuge der Umwelt- und Klimakrise schält sich zudem heraus, dass sich die Politik letztendlich nicht mehr nur auf die Organisation des Zusammenlebens unter Menschen erstrecken kann. Sie erweitert sich zum anspruchsvollen Auftrag der Organisation menschlicher Lebensformen im Einklang mit dem gesamten Erdgeschehen.

Wir alle, die politisch Aufgeschlossenen, die Engagierten, die Desinteressierten, die Politikverdrossenen und die Politikverächter haben jeden Grund, die politische Organisation des Zusammenlebens als wichtig und einflussreich einzustufen – für das eigene Leben wie auch für das Wohlbefinden der Gemeinschaft, der wir zugehören, und für die Fortexistenz des Planeten, auf dem wir leben. Die Politik erweist sich mithin als ziemlich bedeutsam. Da bislang hinsichtlich der Merkmale von Politik Unkenntnis, Fehleinschätzungen und Missverständnisse vorherrschen, ist eine gründliche Klärungsarbeit angesagt. Sie soll Schritt für Schritt dazu beitragen, die Bedeutsamkeit der Politik zu veranschaulichen. So wird ein ganzes Buch erforderlich, um den schlicht scheinenden, aber vielschichtigen Fragen ausführlicher nachzugehen: »Was ist heute Politik?«

Das Vorhaben – gewöhnliche und überraschende Bestandteile der Politik

An dieser Stelle soll ein Ausblick auf alle wichtigen Bestandteile der Politik und ihre Aufgaben gegeben werden, die in den folgenden Kapiteln eingehend abgehandelt werden. Besonderes Augenmerk wird dabei auf neue Handlungsfelder und Problemstellungen gelegt. Die Klärung dessen, was Politik ist, sein kann und sein soll, lässt sich in sechs Themenblöcke und Fragestellungen untergliedern. Das erste Kapitel besteht aus diesen einleitenden Ausführungen, die zeigen, dass uns in mehrfacher Hinsicht

ein umfassendes Verständnis der Politik fehlt, dass die Klärung von Missverständnissen erforderlich wird und dass Neubestimmungen notwendig werden. Im zweiten Kapitel sind jene Elemente der Politik ins Auge zu fassen, die uns aus dem politischen Alltag vertraut sind und die wir deshalb für bedeutsam halten. Sie lassen sich mit dem Sammelbegriff der politischen »Ordnung« kennzeichnen. Im dritten Kapitel bleibt auf Bestandteile der Politik einzugehen, die uns überwiegend fremd und unheimlich vorkommen und deshalb umso eindringlicher verdeutlicht werden müssen. Es geht um die Bindung der Politik an die Aspekte einer körperlichen Teilhabe und einer gemeinschaftsbezogenen Empfindsamkeit. Im vierten Kapitel sollen vernachlässigte und unterschätzte Komponenten der Politik zur Sprache kommen. Sie bestehen vor allem aus der mangelnden Einsicht in den Stellenwert der Demokratie. Im fünften Kapitel ist die Auseinandersetzung mit dem Erfordernis einer wirksameren Steuerung durch die Politik zu führen, das vielfach verharmlost wird. Die Notwendigkeit vermehrter Steuerung ergibt sich aus einigen markanten aktuellen Problemstellungen, zu denen Missstände der Marktwirtschaft ebenso gehören wie bestimmte technologische Errungenschaften. Im sechsten, abschließenden Kapitel bleiben die verkannten Aufgaben und die Erfordernisse vermehrter politischer Gestaltung zu verdeutlichen, um die wir uns in gemeinsamer Anstrengung dringend kümmern müssen. So sind aus der Pandemie einige politische Lehren zu ziehen, das ins Wanken geratene Gleichgewicht des gesamten Geschehens auf dem Planeten Erde muss politisch berücksichtigt und bearbeitet werden, und unsere herkömmlichen Vorstellungen vom Fortschritt bedürfen einer auf die Politik bezogenen Neubestimmung.

Die einzelnen Themen und Fragestellungen der folgenden Kapitel sollen nun ausführlicher beschrieben werden. Es gibt die gewöhnlichen Merkmale der Politik, die uns vertraut sind, und es gibt überraschende Elemente, die wir nicht hinreichend im Blick haben. Meistens hält man die Gremien und Abläufe des Regierens sowie das Wirken der Amtspersonen für die maßgeblichen Bestandteile der Politik (Kapitel 2). Als »Politik« gelten dann der Staat und die Gesetze, die Formen des Regierens auf den unterschiedlichen Ebenen des Zusammenlebens, sowie das politische Alltagsgeschäft, in dem sich Parteien, Interessengruppen, Amtsträger sowie ehrenamtlich Mitwirkende tummeln. Über deren Treiben berichten dann die Medien ausführlich. Darüber hinaus rechnet man zu einer funktionstüchtigen Politik ein geschultes politisches Personal, das kompetent dem Auftrag zum Regieren nachkommt. Zweifelsohne ist die Politik durch all diese Elemente eines funkti-

onstüchtigen »Betriebs« bestimmt. Man hält ihn auf den ersten Blick hin sogar für den charakteristischen, geradezu einzig bedeutsamen Bestandteil der Politik. All diese Elemente markieren jedoch nur den Bereich der politischen Ordnung, die jede Form des Zusammenlebens benötigt. Die Politik erschöpft sich freilich nicht in den Abläufen eines »Regierens«. Die Politik ist nicht bloß ein Betrieb, der mehr oder weniger überzeugend eine Dienstleistung bereitstellt, die als »ordnungsgemäße Regelung des Zusammenlebens« beschrieben werden kann. Die politische Ordnung stellt nur einen Teil des vielschichtigen Erscheinungsbildes der Politik dar. In der Politik spielt sich viel mehr ab als lediglich die Erzeugung von Regeln und Entscheidungen.

Was man dabei durchweg unterschätzt und falsch bewertet, ist die eigene, persönliche Stellung zur Politik (Kapitel 3). Wir sind als Bürgerinnen und Bürger nicht bloß unbeteiligte, außenstehende Nutznießer eines Geschehens, das sich »Regieren« nennt. Wir sind viel eindringlicher mit der Politik verbunden, als uns gemeinhin bewusst – und manchem lieb – ist. Diese eigene Einbindung in das politische Geschehen verleiht der Politik eine Bedeutung, die viele Menschen als geradezu unheimlich empfinden. Wir reagieren nur deshalb so aufmerksam oder betroffen, freudig oder aufgebracht, enttäuscht oder zustimmend auf die Politik, weil sie uns persönlich berührt. Sie widmet sich einem ureigenen Bestandteil unserer sozialen Lebensform. Sie ist eine der Äußerungsformen von Gegenseitigkeit, einer wechselseitigen Beziehung aufeinander. Außerdem begegnen sich in der Politik Menschen als körperliche Wesen, nicht nur als entrückte, kühle Ausführende eines gemeinsamen Regelungsbedarfs. Es treten Personen mit all ihren Gedanken, Gefühlen und Empfindungen miteinander in einen Austausch. Nur so lassen sich die bisweilen sehr leidenschaftlichen Reaktionen auf die Politik erklären. Mit dem politischen Geschehen können sich Ängste und Hoffnungen verbinden, psychische Erschütterungen, Empörung, Verzweiflung oder ein bewegtes und bewegendes Mitgefühl. Man sollte sich dieser politischen Empfindsamkeit sehr bewusst werden. Denn einige Machthaber nutzen diese empfundenen Bindungen aneinander längst heimtückisch aus: Sie wenden sich durch und mit Politik an die Menschen mit all ihren Sinnen, um sie in die Abhängigkeit von einer zwanghaft erzeugten und aufrechterhaltenen Gemeinschaftlichkeit zu treiben und sie somit steuern sowie hörig und gefügig machen zu können. Aufgeputschte Bürgerinnen und Bürger neigen zu unbedachten Haltungen und Handlungen, sie werden anfällig für dumpfe Parolen und radikale Vorstellungen. Erst wenn man diese Zusammenhänge versteht, kann man sich gegen ihre arglistige Anwendung wappnen.

Aufgrund unserer Körperlichkeit besitzen wir aber auch eine kaum bewusste Wahrnehmungsfähigkeit für die Bindungen untereinander, die in der gemeinsamen Lebensbewältigung zum Ausdruck gelangen. Es ist den Menschen möglich, ein »Gespür« für die Gemeinsamkeit ihrer Anliegen zu entwickeln. Dieses Gespür ist zwischen einer unwillkürlichen Empfindung für den gegenseitigen Bezug aufeinander und einer bewussten Haltung gegenüber den gemeinschaftlichen Anliegen angesiedelt. In der republikanischen Politiktradition, die sich eingehend mit der Bindung des Menschen an die politischen Vorgänge auseinandersetzt, wird das als *common sense* bezeichnet. Unbewusst oder bewusst kann er zur Pflege gemeinschaftlicher Handlungsmuster und zur Förderung der Demokratie beitragen. Einen weiteren Aspekt der gespürten politischen Zusammengehörigkeit stellt der Patriotismus dar. Wörtlich umschreibt er eine »Liebe zum Vaterland«. In diesem Sinne lassen sich, in Anlehnung an die Ebene der Empfindsamkeit, Momente ausfindig machen, in denen die Menschen innerhalb eines politischen Gebildes ihre Zusammengehörigkeit spüren und ihr gefühlvoll Ausdruck verleihen. Es gibt Anlässe, zu denen sie ihre Verbundenheit untereinander bekenntnishaft zur Darstellung bringen. Sobald der Patriotismus jedoch zu einem plumpen Nationalstolz verkommt, schürt er die Abgrenzung gegenüber jeglicher Andersartigkeit und endet in fremdenfeindlichen Haltungen. Deshalb sollte er lediglich aus besonnenen Bekundungen und Gesten der Zugehörigkeit zu einem politischen Gebilde bestehen und seine demokratische Verankerung deutlich herausstellen. Diese besteht vor allem aus dem öffentlichen Bewusstsein, dass die empfundene Zusammengehörigkeit stets das wechselhafte Abbild des Zusammenwirkens jener Menschen darstellt, die sich gerade zu ihrer gemeinsamen Lebensbewältigung zusammengefunden haben.

Mit dem Verweis auf die Demokratie gelangt man zu den unterschätzten Aspekten der politischen Teilhabe (Kapitel 4). Ein wichtiges Stichwort, über das in den verbreiteten Politikverständnissen kaum Klarheit herrscht und das für reichlich Verwirrung sorgt, ist *das Volk*. Wer gehört dazu, was sind seine Charakteristika, welches sind seine Aufgaben? In der Demokratie fällt die Bestimmung des Volkes so einfach wie hintergründig aus: Es handelt sich um all diejenigen, die sich gemeinsam der Organisation ihrer Lebensbewältigung widmen und das als Zusammengehörigkeit erfahren. Darin ist der Verweis auf die stets wechselhaften Konturen angelegt, die das Volk aufweist. Keineswegs sind geschlossene Nationalgesellschaften der einzig treffende Ausweis eines zusammengehörigen Volkes. Grundsätzlich ist

das Volk unter den Bedingungen der Demokratie der alleinige Begründer, der maßgebliche Kontrolleur und der möglichst eifrige Mitgestalter des Regierens. Es ist Träger der »Volkssouveränität« – ein vielfach gebrauchter, aber häufig missverständlicher Begriff, der genauer erklärt werden muss. Die Demokratie fordert wörtlich, dass sich das Volk »selbst regiert«. Die Menschen, die zu einem Volk vereint sind, können dem demokratischen Anspruch der Selbstregierung jedoch nicht buchstäblich selbst genügen. Sie brauchen Stellvertreter, die für sie und in ihrem Namen im politischen Betrieb handeln. Das Erfordernis der Stellvertretung hat unter dem Leitbegriff der »politischen Repräsentation« Eingang in die Gesamtbetrachtung politischer Herrschaft gefunden. Diese Repräsentation erweist sich allerdings als tückisch: Sie kann gar kein Abbild des gesamten Volkswillens in all seinen Einzelheiten leisten. Sie besteht vielmehr aus einer zusammenfassenden, manchmal sehr eigenständigen Auftragsbefüllung, bei der die Repräsentanten eigene Handlungsspielräume erlangen. Die Repräsentanten können sich bisweilen von den Repräsentierten sehr weit entfernen. Die Wahrnehmung der Stellvertretung in einem politischen Geschehen mit vielen Mitspielern und Interessen führt mal zu einer demokratisch greifbaren Anwesenheit des Volkes, mal zu dessen beklagenswerter Abwesenheit.

Die Auseinandersetzung mit dem Begriff des Volkes führt zum Thema des »Populismus« – ein Begriff, der sich wörtlich auf das Volk bezieht. Wir leben in Zeiten sogenannter »populistischer« Bewegungen und Parteien. Sie beanspruchen, den Volkswillen unverfälschter und überzeugender als je zuvor in das politische Geschehen einzubringen. Sieht man jedoch hinter die Kulissen der populistischen Selbstverständnisse, dann kommt ein falsches Versprechen zum Vorschein. Der Wille des Volkes wird von den Populisten zumeist gar nicht genauer erkundet, sondern hinterlistig verklärt und nur ausschnitthaft berücksichtigt. Das Volk wird zu einer verschworenen Gruppe von Randständigen und Bedrohten stilisiert, die vorgeblich überwiegend die Gestalt einer national geschlossenen Schicksalsgemeinschaft aufweisen und die sich gegen jede Art von Missachtung, von Gängelung und von Unterwanderung zur Wehr setzen müssen. Dafür benötigen sie vermeintlich entschlossene Führung, bereitgestellt durch die populistischen Leitfiguren. Letztendlich geht es im Populismus gar nicht um eine ausgedehnte demokratische Teilhabe. Die demokratische Politikgestaltung stellt sich für die Populisten vielmehr als zu umständlich und wenig erfolgversprechend dar, weil nach ihrer Ansicht zu viele und die falschen Akteure mitwirken und voller Kompromissbereitschaft gemeinschaftsfördernde Ziele verfolgt